Nr. 13 XXVIII. Jahrgang

Donnerstag, 15. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 36, 13 5 37, 17 1 93. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1069. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile 32 mm breit M. 1.50, für das Ausland M. 2.—. Stellenzeile 35 mm breit M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 6.—. Bei Büro- oder Fernruf 10 v. H. Teuerungszuschlag. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Beilagegebühr 30 M. Vorausbezahlung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreis:
Mit bisher Zustellung durch Träger monatlich M. 4.70, vierteljährlich M. 14.10. Bestellung in Deutschland: Monatlich M. 5.10, vierteljährlich M. 15.30, ausschließlich Zustellgebühr. Bestellung im Ausland laut Einzelpreis in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande monatlich M. 1.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 1.—. Preis für die Einzelnummer 50 Pf.

Januarsturm

Der deutsche Kalender gefällt sich in Wiederholungen. Zur gleichen Zeit wie vor einem Jahr zog über die Reichshauptstadt ein stürmischer, feuchtwarmer Januarfrühling. Am Dreizehnten hat Berlin, zum erstenmal nach zehnmonatiger, vollkommener Ruhe, wieder Maschinengewehrknattern gehört. Und wieder, wenn auch mit abgeschwächter Kraft, brandet der Ruf: „Alle Macht den Räten!" zu den Mauern der Parlaments- und Regierungsgebäude empor.

Daß wir nach vorgestrigem Winter auch diesmal gerade während der somit kältesten Tage Revolutionswetter haben, ist Zufall. Nicht Zufall ist es natürlich, daß gerade die Jahrestage der ersten „Spartakuswoche" mit dem Versuch einer Neuinszenierung begangen wurden. Auch wenn nicht mit der dritten Lesung des Betriebsrätegesetzes den Putschern ein Stichwort gegeben wäre, hätten die unruhigen Geister die Stimmungswirkung der Gedenkzeit genutzt, um die wirtschaftliche Verhetztheit, die seit Neujahr wieder durch Deutschland geht, zum offenen Aufruhr zu steigern. Noch ist in den Radikalen die Hoffnung nicht ganz geschwunden, nach der Niederlage vom Januar 1919 im Januar 1920 ein revolutionäres Wiederaufnahmeverfahren herbeiführen.

Vor dem Reichstagsgebäude, in dessen Sitzungssaal die Nationalversammlung tagte, ist geschossen worden. Kundgebende hatten versucht, in das Gebäude einzudringen; draußen begann ein Maschinengewehr zu lärmen, während drinnen, unter dem Toben der Tribüne, Fr. u Luise Zietz den Sturm auf die Versammlung ankündigte. Erregte Massen tauten sich auf den Plätzen. Posten ketten sperrten Straßeneingänge. Wie einst ...

Betriebsrätegesetz. Nun ja. Das Wort ist noch immer ein Kampfruf. Gewiß aber würde sein Inhalt allein nicht genügen, auch nur die Massen auf die Straße zu bringen, geschweige denn, einen neuen Bürgerkrieg zu entfesseln. Der revolutionäre Trank vom Januar 1919 ist schal geworden. Wohl bewirkt sich die „Freiheit", durch Hetzdruck und künstliche Leidenschaft, die Massen gegen die „Verlogenheit und Niedertracht" des Betriebsrätegesetzes aufzubringen, und wenn es dort hieß „Zum Sturm antreten" und wenn zum „Erkämpfen" aufgepeitscht wurde, so sieht man nur zu deutlich, welche Wirkung dieser Waffenruf haben mußte. Wohl ist es nicht überflüssig, wenn der „Vorwärts" den Arbeitern zuruft, „auf der Hut" zu sein. Aber der Unterschied zwischen dem Januar 1919 und dem Januar 1920 ist doch deutlich erkennbar. Wir haben genug von Blut- und Gewaltstatenpolitik. Genug von der Politik auf der Straße und mit der Straße. Jedermann sieht, wie weit wir mit der ewigen Aufreizung, mit den Gewaltversuchen und dem Terror radikalistischer Minderheiten gekommen sind und wie hinter dem bolschewistischen Terror jedesmal der weiße, der reaktionäre marschiert. Das ganze tatsächlich das ganze deutsche Volk ist des inneren Kampfes müde. Man erwartet nichts mehr vom Generalstreik, und hat gerade jetzt erfahren, daß in Sowjet-Rußland die Betriebsräte abgeschafft und durch ein über Tod und Leben gebietendes Fabrikdiktatorium ersetzt worden sind. Man lebt in einem andern Deutschland: einem Deutschland, das im Innern nach der Fullverfassung regiert wird und heute, nach dem Friedensschluß, erst recht fühlt, welchen Druck von außen es zu ertragen hat. Die besetzten Rheinlande stehen unter Belagerungszustand, die Ausführung der harten Friedensbedingungen beginnt. Auch der Arbeiter weiß jetzt, daß ihm wie dem ganzen deutschen Volk die Rettung nur von geziegertem Arbeitsertrag kommen kann. Die Politik, die uns befähigt, mehr hervorzubringen, ist die beste. Mit dieser Erkenntnis nimmt die Abneigung gegen das Streiken zu, und schwächt der Glaube, es komme zunächst auf Neuregelung des Arbeitsvertrages an, sich ab. Es versteht sich von selbst, daß die den Betriebsräten zugedachten Befugnisse von der einen Seite für zu weitgehend, von der andern für unzulänglich erklärt werden. Aber Leidenschaften sollte doch diese organisatorische Frage nicht aufwühlen.

Wenn sie es — scheinbar — doch tut, so liegt das an dem tiefen wirtschaftlichen Unbehagen des deutschen Volkes und an der Agitation. Der Wiederaufbau ist da, man kann ihn durch Zahlen nachweisen. Aber er ist langsam, und Deutschland, durch die Geldentwertung verwirrt, hat immer noch nicht völlig begriffen, wie arm es ist. Immerhin wird der durch die Steigerung der Lebenskosten fast unvermeidlich von Zeit zu Zeit wieder angefachte Kampf um den Arbeitsfrieden mit einem gewissen Bewußtsein seiner Verderblichkeit und seiner Begrenzung durch die gemeinsame Not geführt. Die Geschichte des letzten Eisenbahnerstreiks hat beides, die nicht abzuleugnende Notlage und den Willen zur Selbstbeschränkung gezeigt.

Der Januarsturm wird nicht mehr die Einsicht fortblasen, daß dem Arbeiter mit noch so viel Machtsprüchen viel weniger geholfen ist, als mit wirtschaftlichen Leistungen der Gesamtheit. Nur Arbeit aller Kräfte und Geduld kann uns eine Besserung der Zustände bringen, unter denen nicht eine Klasse, sondern die Volksgesamtheit leidet. Diese Leiden — man kann es aus der Geschichte lernen — werden verlängert, vertieft, je mehr die Ordnung gestört wird. Diese Geschichte kennen auch die Leute bei uns, die jeden, der nicht in ihr Horn stößt, beschimpfen und beifeilen, denen noch nicht genug Blut geflossen, noch nicht genug Gewalt getan worden ist. Es trieben sie einst die Menschen in Paris in die Verhandlungen des Konvents, so stoß immer der Radikalere den Radikalen auf, bis — die Militärdiktatur eines Bonaparte den Schrecken niederschlug und die Reaktion an seine Stelle setzte.

So weit darf es nicht kommen bei uns. Noch ist die Besonnenheit stärker, als Wahn und bewußte Täuschung der Leidenden durch Machtgelüste, die aus ganz Deutschland ein blutiges Budapest machen möchten.

Soll das der Inhalt der Volksrechte, der Demokratie sein? Nein, das Verbrechen, das gestern in dem von so viel Einzelverbrechen, tödlichem Mord und Raub heimgesuchten Berlin begangen worden ist, indem man die Straße gegen den Reichstag trieb, um die Gesetzlichkeit, soweit sie noch vorhanden ist, zu vernichten, ist eine Tat des blutigsten Absolutismus. Die Folgen: zweifellos weitere Kreditminderung im Auslande im Augenblick des Friedens und der erwachenden Möglichkeit, mehr Lebensmittel heranzuschaffen. Aber was liegt den Drahtziehern daran, wenn der Verkehr unterbunden, die Fabriken stillgestellt, dem Volksvermögen ungeheurer neuer Schaden zugefügt, Lebensmittelzufuhren und -lieferungen verhindert, das tägliche Brot noch mehr verteuert, die armen Kriegsgefangenen nicht nach Hause geschafft werden können — wenn sie nur einen Schritt weiter zur Diktatur einer kleinen Minderheit, zur Befriedigung ihrer Machtgelüste tun können ...

Doch dieser Januarsturm reißt alle Binden von allen Augen, die sehen wollen. Sein Andauern bedeutete den Untergang. Der wird nicht kommen. Die Einsicht ist auf dem Marsche, und die überwiegende Masse eines Zehnmillionenvolkes sieht die Trachtnisse der Politik der Straße schon zu erschreckend deutlich vor sich, um dem neuen Rufe zu Gewalt Folge zu leisten.

Das Dienstags-Drama

Von unsrer Berliner Redaktion

+ Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Dienstag früh brachten „Freiheit" und „Rote Fahne" die Aufforderung zum Generalstreik. Am Dienstag abend spät wurden die Betriebsräume der „Freiheit" besetzt. Sie hatte schon eine neue Hetzmummer vorbereitet. Während sie aber am Dienstag früh die Arbeiter aufforderte, die Betriebe zu verlassen, hielt sie es Dienstag abend für ratsam, die Gegenlosung auszugeben. Mit harmloser Miene riet sie den Arbeitern an, sich nicht provozieren zu lassen, um dann sofort die Hetze von neuem zu beginnen.

Die Geschichte der Revolution hat nun auch einen Blutig-roten Dienstag zu verzeichnen. Was sich an ihm zu dramatischen Geschehnissen zutrug, das ist eine einzige Anklage der Unabhängigen und Kommunisten, nicht der Massen, die wieder einmal ohne Ueberlegung dem Rufe zu Straßenaufläufen folgten, fordern der Hetzer und Wühler. Sie sind es die dies Dienstag-Drama vorbereitet und angelegt haben. Wie die Glieder einer Kette greift alles ineinander, der Verkehrsstreik im Westen, der in einer großen Welle dann nach Schlesien überschlug. Die Entfesselung aller revolutionären Energie aber sollte am 13. Januar in Berlin erfolgen, der Tag also, an dem die Nationalversammlung die Verhandlungen über das Betriebsrätegesetz begannen. Der Massenaufmarsch auf das Reichstagsgebäude in der Mittagstunde vollzog sich an sich mustergültig, weil eben alle Einzelheiten des Räderwerks auf gerichtet waren. Allein bei diesem Massenaufmarsch sollte es nicht bleiben. Wer die verhetzten und erregten Massen auf die Straße trieb, der durfte und mußte davon überzeugt sein, daß sich die Erregung irgendwie entladen würde. Dies ist nun auch geschehen.

Wer die Ereignisse vor dem Reichstag miterlebt hat, der weiß, daß die Sicherheitswehr herausgefordert worden ist, ob absichtlich oder zufällig, spielt angesichts der Erregung der Massen keine Rolle. Daß der Reichstag durch die blaue und grüne Polizei besetzt und beschützt war, das war den Massen bekannt. Ohne diesen Schutz wären Tausende lärmend und tobend in den Reichstag eingedrungen und hätten nicht nur die Nationalversammlung verjagt, sondern vielleicht eine Berliner Putschregierung mit Däumig, Ledebour und dem Leichenmüller gebildet. Der Angriff auf den Reichstag wurde abgewehrt. Maschinengewehre knatterten, Handgranaten flogen, Karabinerschüsse bellten. Viele Tote und Verwundete blieben liegen.

In der Liste der Opfer findet sich kein Führername, wohl aber sind Frauen und Kinder darunter, die gemäß der kommunistischen Putschtaktik in das Vordertreffen geschoben worden waren. Inzwischen, es war um die vierte Nachmittagsstunde, hatte die Nationalversammlung ihre Verhandlungen begonnen, und wieder wagten es die unabhängigen Abgeordneten, im Sitzungssaal zu lärmen, worunter sich besonders Henke aus Bremen und Geyer aus Leipzig hervortaten. Aus der Bremer und Leipziger Spartakuszeit sind ja alle als Hüter und Wahrer der Meinungsfreiheit bekannt. Die Verhandlungen wurden schließlich auf Mittwoch früh vertagt. Daß sie ohne Störung verlaufen, dafür soll der verhängte Ausnahmezustand sorgen.

•

Die neue Taktik der Unabhängigen

+ Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die heute nicht konfiszierte „Freiheit" fordert nach dem gestrigen blutigen Zusammenstoß an der Spitze ihrer heutigen Morgenausgabe die Arbeiter auf, in den Betrieben zu bleiben, um an den Vorgängen Stellung zu nehmen und sich nicht provozieren zu lassen.

•

Das Verbot der Hetzblätter

✕ Berlin, 15. Januar. Der Reichswehrminister Noske erläßt folgende Bekanntmachung: Als Inhaber der vollziehenden Gewalt für Berlin und Brandenburg verbiete ich auf Grund der Verfügung des Herrn Reichspräsidenten gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung vom 18. Januar 1920 Druck und Vertrieb der Zeitung „Die Freiheit" sowie der beiden Zeitungen „Die rote Fahne" im Gebiete des Ausnahmezustandes.

Die Ereignisse vor dem Reichstagsgebäude

Die Unabhängigen haben mit ihrer Propaganda, durch eine Einwirkung von außen eine Umgestaltung der Betriebsrätegesetzes herbeiführen, einen unheilvollen Erfolg in Berlin erzielt. Von der zwölften Mittagsstunde an war am 13. Januar das Reichstagsgebäude von Menschenmassen umlagert, die rote Fahnen und rote Plakate mit sich trugen. Redner hatten sich an vielen Stellen aufgestellt, namentlich am Königsplatz, von denen in wildester Weise gegen das Betriebsrätegesetz Stimmung gemacht wurde. Im Hause selbst erhob der Abg. Geyer sen. (Unabh. Soz.) einen Protest gegen die Sicherheitsmaßnahmen, die im Auftrage der Regierung für das Haus getroffen worden waren, und verlangte Zurückziehung des Militärs, ein Ansinnen, das der Präsident Fehrenbach abwies. Sein Standpunkt zeigte sich früher als wir zu berechtigt. Kurz nach 4 Uhr drängten die Menschenmengen auf dem Königsplatz gegen den grünen Kordon der Sicherheitspolizei an. Die Sicherheitsbeamten versuchten die Menge zurückzudrängen. Dabei wurden einige Leute der Sicherheitspolizei von der demonstrierenden Menge in die Menschenmenge hineingezogen, zu Boden geworfen und niedergetreten. Aus der Menge ertönte der Ruf: „Links flankieren!" Man beabsichtigte, den Polizeibeamten in den Rücken zu kommen. Einige Sicherheitspolizisten riefen: „Schießen!" Ein von den Beamten abgegebener Schreckschuß löste in der Menge nur den Ruf aus: „Sie schießen ja bloß nur in die Luft! Vorwärts!" Frauen wurden nach vorn geschoben und die Menge versuchte, den Kordon einzudrücken. Nunmehr wurden die in Bereitschaft gehaltenen Maschinengewehre in Tätigkeit gesetzt und der Platz durch Maschinengewehrfeuer gesäubert. Wie hoch die Anzahl der Toten ist, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Der Reichstag, in dem es auf die Nachricht, daß vor dem Gebäude geschossen worden sei, zu wildesten Tumultszenen kam, bei denen die Tribünen eifrig mitwirkten, wurde unter allgemeiner Verwirrung vertagt. Gegen 4½ Uhr ertönte neuerlich ein Glockenzeichen, so daß die Sitzung wieder aufgenommen wurde.

Die Darstellungen über die aufregenden Vorgänge stimmen nicht in allen Einzelheiten überein, was bei dem verhältnismäßig großen Platz, auf dem sie sich abspielten, und der Menschenmenge nicht wundernehmen kann. Wir geben zur Ergänzung des Bildes daher noch folgenden Bericht des Wolff-Bureaus, das aus Berlin berichtet: Das Reichstagsgebäude war am 13. mittags nur von einer verhältnismäßig schwachen Wache der Sicherheitsbeamten besetzt. In den Nachmittagsstunden wuchs die Masse der Demonstranten dermaßen an und

die Belästigungen der Sicherheitsbeamten

nahmen derart zu, daß man schleunigst Verstärkungen heranziehen mußte. Während sich der größte Teil der Demonstranten, nachdem sie verschiedene Abgeordnete der Unabhängigen Partei mit ihren Wünschen bekanntgemacht hatten, wieder entfernte, blieben noch viele Tausende in den Zugangsstraßen wie die Mauern stehen. Es wurden Flugblätter verbreitet, die von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakus-Bund) unterzeichnet waren, die überaus scharfe Angriffe gegen Noske, Ebert und Scheidemann enthielten. Die Ueberschrift lautete: Ebert oder Ludendorff? Zum Schluß wurde in großen Lettern aufgefordert: Macht euch bereit! Nieder mit der Militär-Monarchie! Es lebe die proletarische Diktatur, es lebe die Räte-Republik! Durch diese Aufrufe erregt, hielten einzelne Schmähreden gegen die Nationalversammlung und gegen die grüne Polizei, so daß sich schließlich eine Anzahl Demonstranten dazu hinreißen ließ, das Portal nach dem Tiergarten hin zu stürmen. Trotz aller Warnungen und trotz der ruhigen Haltung der Sicherheitsbeamten war es nicht gelungen, die Menge zum Auseinandergehen zu bringen. Da die Gefahr bestand, daß die Sicherheitsbeamtenschaft überwältigt wurde, mußte zur Waffe gegriffen werden und man gab aus Gewehren und Maschinengewehren Feuer auf die Menge, so daß eine Anzahl getötet und verwundet wurde. Sehr bedrohlich gestaltete sich die Lage für die Sicherheitsmannschaften am Bismarckdenkmal. Die Menge fiel über sie her, raubte ihnen die Karabiner und schoß damit auf die Beamten. Ein Teil der Waffen wurde zertrümmert. Mehrere Sicherheitsbeamte wurden erheblich verletzt. Den Offizieren wurden die Achselstücke heruntergerissen. Gegen 4 Uhr war der Platz gesäubert und nun rollten Sanitätsautos heran, die die Toten sowie die Schwerverwundeten, auch einige Leichtverletzte, in die Krankenhäuser brachten."

Die eigentlichen Urheber der blutigen Ereignisse blieben wie immer im Hintergrund, über sie wird man vielleicht nie Zuverlässiges erfahren. Nach einigen Meldungen, aus denen auch zum Teil hervorgeht, daß dem ganzen Vorgang ein gewisser Plan zugrunde lag, spielte die Matrosen-Uniform wieder einmal eine Rolle. Wer sich unter dieser Verkleidung aber verbarg, kann bis jetzt nur vermutet, aber leider noch nicht bewiesen werden. Eine dieser Meldungen, die auch sonst manch interessantes Licht auf die Ereignisse wirft, sei hier wiedergegeben: Nach einem über die bedauerlichen Vorgänge vor dem Reichstagsgebäude eingegangenen authentischen Berichte verlasen die Demonstrationen vor dem Reichstage bis gegen 3½ Uhr verhältnismäßig ruhig. Zu dieser Zeit versuchten an der linken Seite des Portals I

mehrere Männer in Matrosenuniform

gegen die Auffahrt vorzudringen, und leisteten den Sicherheitsdienern Widerstand, die sie zurückdrängen wollten. Die nachfolgende Menschenmenge drang immer weiter vor. Die Lage der Sicherheitsmannschaften an der linken Auffahrt wurde plötzlich schwer bedroht. Mehrere Mannschaften wurden von der Menge entwaffnet, mißhandelt, mit Füßen getreten und zum Teil weggeschleppt. Wie von Abgeordneten der Nationalversammlung, Beamten des Reichstages und Pressevertretern bezeugt wird, hat dann ein Mann von der Freitreppe aus mit einem der Gewehre, die den Sicherheitsmannschaften abgenommen worden waren, mehrmals geschossen. Ein Sicherheitswehrmann, der sich im Vorraume, der Rotunde und im Hauptportal nach dem Königsplatze zu befand, wurde durch einen Schuß verwundet.

Die am Königsplatze versammelte Menge setzte ihre Versuche, in das Reichstagsgebäude einzudringen, mit größtem Nachdruck fort, wobei es an wüsten Auftritten kam. Den bedrohten Mannschaften vor Portal I wurde Verstärkung von den Seitenportalen gesandt. Die nächste Verstärkung, die vom Portal II angeschickt worden war, wurde von der Menge angegriffen, entwaffnet und mißhandelt. Als dann die Menge gegen das Portal II gleichfalls vorging, und die Aufforderung des wachhabenden Offiziers zum Zurückgehen, da sonst geschossen würde, ohne Erfolg blieb, sah sich die Sicherheitspolizei genötigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Hätte sie noch wenige Sekunden gezögert, so wäre sie von den Angreifern überwältigt und entwaffnet worden. Da die Menge sofort auseinanderstob, wurde das Feuer nach einer Viertelminute eingestellt. Um dieselbe Zeit wie am Portal II sah sich auch am Portal I die durch Portal V verstärkte Besatzung genötigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Da die Aufrührer ein großes Interesse daran hatten, ihre Verwundeten den Behörden zu entziehen, führten sie auf der Flucht mit sich, wen sie nur konnten. Es ist daher bis jetzt noch nicht möglich, einen genauen Ueberblick über

die Zahl der Toten und Verwundeten

zu geben. Eine Privatkorrespondenz meldet der „Täglichen Rundschau" zufolge, daß bei dem gestrigen blutigen Zusammenstoß ungefähr 40 Personen ums Leben gekommen und über 100 verwundet wurden. Die „Freiheit" dagegen meldet von 88 Toten und 180 Verwundeten. In dem Leichenschauhaus in der Hannoverschen Straße wären allein 10 Tote, darunter vier Frauen, eingeliefert worden. Von den ungefähr 60 Verwundeten, die in die Klinik in der Ziegelstraße gebracht worden seien, wären bereits 10 ihren schweren Verletzungen erlegen. Stark mit Verwundeten belegt sei auch die Charité. Uns selbst wird über die Zahl der Opfer gemeldet:

+ Berlin, 15. Januar. (Eig. Drahtbericht.) **Die Anzahl der Toten dürfte mit zwölf nicht zu hoch gegriffen sein, die der Verwundeten dürfte nur etwa 60 betragen. Unter den Verwundeten befinden sich auch zahlreiche weibliche Personen und zahlreiche junge Burschen. Auch die Sicherheitswehr hat Verluste zu verzeichnen, hauptsächlich Verwundete. Man spricht jedoch auch von zwei Toten. Der ganze Vorgang spielte sich so blitzschnell ab, daß Verhaftungen nicht vorgenommen werden konnten, da die Menge nach allen Seiten auseinanderstob.**

Ferner gibt die „Berliner Korrespondenzgesellschaft" folgende Darstellung: „Die gestrigen großen Demonstrationen wurden zum größten Teil von dem durch die Kommunisten aufgebotenen Janhagel der Großstadt verursacht. Der Angriff des Pöbels auf die Sicherheitswehr geschah unter Zuhilfenahme von Stichwaffen. Zwei Sicherheitssoldaten wurden schwer, etwa 20 leichter verletzt. Erst dann, als die Menge Anstalten traf, die Rampe des Reichstagsgebäudes zu stürmen und in das Gebäude selbst zu dringen, wurde der Befehl zum scharfen Vorgehen gegeben, bei dem es auf beiden Seiten Opfer gab. In der neunten Abendstunde waren in den dem Reichstagsgebäude am nächsten gelegenen fünf Rettungswachen etwa 120 Personen eingeliefert worden, doch stellte sich eine große Zahl der Verletzungen als nicht lebensgefährlich heraus. Die Angaben über die Zahl der Toten schwanken zwischen 25 und 35. In der zehnten Abendstunde wurden die wichtigsten Gebäude durch starke Abteilungen der Sicherheitswehr besetzt und mit Stacheldrahtverhauen abgesperrt. Zur Unterstützung der Sicherheitswehr sind etwa 25 000 Mann Reichswehrtruppen in und vor Berlin bereitgestellt. Man rechnet mit der Fortsetzung der Demonstrationen für die nächsten Tage."

Vorläufig scheint entgegen dieser Prophezeiung in Berlin jedoch Ruhe und Ordnung wieder eingekehrt zu sein. Die Stadt ist nach weiteren uns vorliegenden Berichten gegen neun Uhr abends wie ausgestorben gewesen. Auch während der ganzen Nacht herrschte Ruhe. Nur am Alexanderplatz kam es, wie ebenfalls die Korrespondenzgesellschaft meldet, zu Zusammenrottungen und es sind dort nach dieser Meldung mehrere Verhaftungen vorgenommen worden, darunter eine Anzahl Mitglieder der aufgehobenen Volksmarinedivision.

Diese rasche Wiederherstellung der Ordnung ist zweifellos eine Folge der energischen Maßnahmen der Regierung, die sofort

den Belagerungszustand verhängt

hat, als sie das Bedrohliche der Unruhen erkannte. Noch am Dienstag wurde auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen, durch den Reichspräsidenten für das Reichsgebiet mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden und die von ihnen umschlossenen Gebiete der Ausnahmezustand verhängt.

Zu der Verhängung des Belagerungszustandes meldet das offiziöse Wolff-Bureau: Die an verschiedenen Orten des Reiches aufflammenden Unruhen, die blutigen Ausschreitungen vor der Nationalversammlung in Berlin, besonders aber die Notwendigkeit, den Eisenbahnbetrieb und die Kohlenversorgung zur Vermeidung einer wirtschaftlichen Katastrophe unter allen Umständen in Ordnung zu halten, haben den Reichspräsidenten veranlaßt, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung für das gesamte Reichsgebiet mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden und der von ihnen umschlossenen Gebiete die erforderlichen Ausnahmevorschriften zu erlassen. Wo keine Veranlassung besteht, werden die ausführenden Stellen von den Ausnahmevorschriften praktisch keinen Gebrauch machen. Für den ganzen Geltungsbereich der Verordnung wird aber jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andre Maßnahmen verboten werden, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zur Stillegung zu bringen. Lebenswichtige Betriebe sind alle öffentlichen Verkehrsmittel wie alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle. Die Ausdehnung der Verordnung auf Bayern und Sachsen, wo Ausnahmevorschriften bereits bestehen, und auf Württemberg und Baden, bleibt nötigenfalls vorbehalten.

Auf Grund des Ausnahmezustandes übernahm Reichswehrminister Noske durch folgende Kundgebung den Befehl über Berlin und die Mark Brandenburg. Der Erlaß Noskes lautet:

Auf Grund der Verfügung des Herrn Reichspräsidenten betreffend den Ausnahmezustand übernehme ich persönlich die Ausübung der vollziehenden Gewalt für Berlin und die Mark Brandenburg, ohne Rücksicht